

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 18. Dezember 1986 über die Kommission für finanzielle Hilfe zugunsten von Opfern vorsätzlicher Gewalttaten und von Gelegenheitsrettern, des Artikels 53bis,  
 Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 26. Februar 2019;  
 Aufgrund des Gutachtens Nr. 65.705/1 des Staatsrates vom 16. April 2019, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;  
 Auf Vorschlag Unseres Ministers der Justiz

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

**Artikel 1** - Artikel 53bis des Königlichen Erlasses vom 18. Dezember 1986 über die Kommission für finanzielle Hilfe zugunsten von Opfern vorsätzlicher Gewalttaten und von Gelegenheitsrettern, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 18. Mai 1998 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 19. Dezember 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2 ein Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Für die in Kapitel 3 Abschnitt 4 Unterabschnitt 2 des Gesetzes erwähnten Verfahren können Vereinigungen als Vereinigung, wie in Artikel 42decies des Gesetzes erwähnt, angesehen werden, wenn sie die nachstehend erwähnten Bedingungen erfüllen:

1. als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht oder als internationale Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht mit Sitz in Belgien oder als Vereinigung mit Rechtspersönlichkeit, die ihren satzungsmäßigen Sitz im Ausland hat und die Kriterien von Artikel 1:2 des Gesetzbuches der Gesellschaften und Vereinigungen erfüllt, organisiert sein,

2. die nachhaltige, wirksame und nichtdiskriminierende Unterstützung von Terroropfern zum Zweck haben,

3. in der Lage sein, Personen innerhalb der Vereinigung zu bestimmen, die über die erforderliche Ausbildung oder Berufserfahrung und ausreichende juristische Kenntnisse der anwendbaren Rechtsvorschriften verfügen, um den Terroropfern beistehen zu können,

4. über eine auf tatsächlichen amtlichen Einschreibungen basierende Mitgliederliste verfügen, die die Namen der Opfer enthält, die der Vereinigung angehören.”

2. In § 1 Absatz 2, der Absatz 3 wird, werden die Wörter “dass die in Absatz 1 erwähnte Bedingung erfüllt ist” durch die Wörter “dass die in Absatz 1 und 2 erwähnten Bedingungen erfüllt sind” ersetzt.

3. In § 3 Absatz 1 werden die Wörter “wenn die in § 1 Absatz 1 erwähnte Bedingung nicht mehr erfüllt ist” durch die Wörter “wenn die in § 1 Absatz 1 und 2 erwähnten Bedingungen nicht mehr erfüllt sind” ersetzt.

4. In § 3 Absatz 2 werden zwischen den Wörtern “einer vorsätzlichen Gewalttat” und den Wörtern “und die Vereinigung füge ihr Schaden zu” die Wörter “oder eines Terrorakts” eingefügt.

5. In § 5 Absatz 1 werden die Wörter “wenn die in § 1 Absatz 1 vorgesehene Bedingung nicht mehr erfüllt ist” durch die Wörter “wenn die in § 1 Absatz 1 und 2 erwähnten Bedingungen nicht mehr erfüllt sind” ersetzt.

**Art. 2** - Der für Justiz zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 17. Mai 2019

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Justiz, beauftragt mit der Gebäuderegie  
 K. GEENS

SERVICE PUBLIC FEDERAL JUSTICE

[C – 2019/15283]

9 OCTOBRE 2018. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 20 décembre 1999 concernant les modalités d'exécution relatives à l'indemnisation accordée aux avocats dans le cadre de l'aide juridique de deuxième ligne et relatif au subside pour les frais liés à l'organisation des bureaux d'aide juridique. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 9 octobre 2018 modifiant l'arrêté royal du 20 décembre 1999 concernant les modalités d'exécution relatives à l'indemnisation accordée aux avocats dans le cadre de l'aide juridique de deuxième ligne et relatif au subside pour les frais liés à l'organisation des bureaux d'aide juridique (*Moniteur belge* du 16 octobre 2018).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST JUSTITIE

[C – 2019/15283]

9 OKTOBER 2018. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 20 december 1999 houdende uitvoeringsbepalingen inzake de vergoeding die aan advocaten wordt toegekend in het kader van de juridische tweedelijnsbijstand en inzake de subsidie voor de kosten verbonden aan de organisatie van de bureaus voor juridische bijstand. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 9 oktober 2018 tot wijziging van het koninklijk besluit van 20 december 1999 houdende uitvoeringsbepalingen inzake de vergoeding die aan advocaten wordt toegekend in het kader van de juridische tweedelijnsbijstand en inzake de subsidie voor de kosten verbonden aan de organisatie van de bureaus voor juridische bijstand (*Belgisch Staatsblad* van 16 oktober 2018).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST JUSTIZ

[C – 2019/15283]

9. OKTOBER 2018 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 20. Dezember 1999 zur Festlegung der Ausführungsmodalitäten in Bezug auf die Entschädigung, die Rechtsanwälten im Rahmen des weiterführenden juristischen Beistands gewährt wird, und über den Zuschuss für die mit der Organisation der Büros für juristischen Beistand verbundenen Kosten — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 9. Oktober 2018 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 20. Dezember 1999 zur Festlegung der Ausführungsmodalitäten in Bezug auf die Entschädigung, die Rechtsanwälten im Rahmen des weiterführenden juristischen Beistands gewährt wird, und über den Zuschuss für die mit der Organisation der Büros für juristischen Beistand verbundenen Kosten.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST JUSTIZ

## 9. OKTOBER 2018 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 20. Dezember 1999 zur Festlegung der Ausführungsmodalitäten in Bezug auf die Entschädigung, die Rechtsanwälten im Rahmen des weiterführenden juristischen Beistands gewährt wird, und über den Zuschuss für die mit der Organisation der Büros für juristischen Beistand verbundenen Kosten

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Artikels 108 der Verfassung;

Aufgrund des Gerichtsgesetzbuches, insbesondere des Artikels 508/19, eingefügt durch das Gesetz vom 23. November 1998 über den juristischen Beistand;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 20. Dezember 1999 zur Festlegung der Ausführungsmodalitäten in Bezug auf die Entschädigung, die Rechtsanwälten im Rahmen des weiterführenden juristischen Beistands gewährt wird, und über den Zuschuss für die mit der Organisation der Büros für juristischen Beistand verbundenen Kosten, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 18. Dezember 2003, 10. Juni 2006 und 19. Juli 2006;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 7. Mai 2018;

Aufgrund des Einverständnisses Unseres Ministers des Haushalts vom 4. Juni 2018;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 63.735/3 des Staatsrates vom 18. Juli 2018, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Aufgrund der Auswirkungsanalyse beim Erlass von Vorschriften, die gemäß den Artikeln 6 und 7 des Gesetzes vom 15. Dezember 2013 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen administrative Vereinfachung durchgeführt worden ist;

Auf Vorschlag Unseres Ministers der Justiz

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

**Artikel 1** - Artikel 2 Nr. 3 des Königlichen Erlasses vom 20. Dezember 1999 zur Festlegung der Ausführungsmodalitäten in Bezug auf die Entschädigung, die Rechtsanwälten im Rahmen des weiterführenden juristischen Beistands gewährt wird, und über den Zuschuss für die mit der Organisation der Büros für juristischen Beistand verbundenen Kosten wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 werden die Wörter "des Betrags der Entschädigungen" durch die Wörter "der ordentlichen Haushaltsmittel für die Entschädigungen" ersetzt.

2. In Absatz 2 werden die Wörter "dem Gesamtbetrag der Entschädigungen" durch die Wörter "den ordentlichen Haushaltsmitteln für die Entschädigungen" ersetzt.

3. In Absatz 1 und 2 werden die Wörter "des Haushaltsjahres, in dem das betreffende Gerichtsjahr endet, eingetragen sind," jedes Mal durch die Wörter "des laufenden Haushaltsjahres eingetragen sind, erhöht um die tatsächlich verfügbaren Mittel des Haushaltsfonds für weiterführenden juristischen Beistand, die am 31. Dezember des vorhergehenden Haushaltsjahres festgelegt wurden," ersetzt.

**Art. 2** - In Abweichung von Artikel 2 Nr. 3 des vorerwähnten Königlichen Erlasses vom 20. Dezember 1999, so wie er durch Artikel 1 des vorliegenden Erlasses abgeändert ist, werden im Hinblick auf die Festlegung des Punktwertes für das Gerichtsjahr 2016/2017 die tatsächlich verfügbaren Mittel des Haushaltsfonds für weiterführenden juristischen Beistand am 28. Februar 2018 festgelegt.

**Art. 3** - Vorliegender Erlass wird im Hinblick auf die Festlegung des Punktwertes wirksam mit dem Gerichtsjahr 2016/2017 auf der Grundlage des Haushalts 2018.

**Art. 4** - Der für Justiz zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 9. Oktober 2018

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Justiz

K. GEENS

## SERVICE PUBLIC FEDERAL JUSTICE

[C - 2019/15282]

1<sup>er</sup> JUILLET 2017. — Arrêté ministériel portant exécution de l'arrêté royal du 19 avril 2014 relatif à la perception et à la consignation d'une somme lors de la constatation d'infractions en matière de circulation routière en ce qui concerne le paiement par carte bancaire ou de crédit sur internet. — Coordination officieuse en langue allemande

Le texte qui suit constitue la coordination officieuse en langue allemande de l'arrêté ministériel du 1<sup>er</sup> juillet 2017 portant exécution de l'arrêté royal du 19 avril 2014 relatif à la perception et à la consignation d'une somme lors de la constatation d'infractions en matière de circulation routière en ce qui concerne le paiement par carte bancaire ou de crédit sur internet (*Moniteur belge* du 13 juillet 2017), tel qu'il a été modifié par l'arrêté ministériel du 27 novembre 2018 modifiant l'arrêté ministériel du 1<sup>er</sup> juillet 2017 portant exécution de l'arrêté royal du 19 avril 2014 relatif à la perception et à la consignation d'une somme lors de la constatation d'infractions en matière de circulation routière en ce qui concerne le paiement par carte bancaire ou de crédit sur internet (*Moniteur belge* du 10 janvier 2019).

Cette coordination officieuse en langue allemande a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

## FEDERALE OVERHEIDSDIENST JUSTITIE

[C - 2019/15282]

1 JULI 2017. — Ministerieel besluit ter uitvoering van het koninklijk besluit van 19 april 2014 betreffende de inning en de consignatie van een som bij de vaststelling van de overtredingen inzake het wegverkeer wat de betaling met bank- of kredietkaart op het internet betreft. — Officieuze coördinatie in het Duits

De hierna volgende tekst is de officieuze coördinatie in het Duits van het ministerieel besluit van 1 juli 2017 ter uitvoering van het koninklijk besluit van 19 april 2014 betreffende de inning en de consignatie van een som bij de vaststelling van de overtredingen inzake het wegverkeer wat de betaling met bank- of kredietkaart op het internet betreft (*Belgisch Staatsblad* van 13 juli 2017), zoals het werd gewijzigd bij het ministerieel besluit van 27 november 2018 tot wijziging van het ministerieel besluit van 1 juli 2017 ter uitvoering van het koninklijk besluit van 19 april 2014 betreffende de inning en de consignatie van een som bij de vaststelling van de overtredingen inzake het wegverkeer wat de betaling met bank- of kredietkaart op het internet betreft (*Belgisch Staatsblad* van 10 januari 2019).

Deze officieuze coördinatie in het Duits is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.